

A N T R A G

CDU-Fraktion

Gegenstand:

Überprüfung der Stadträte auf MfS-Tätigkeit

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Mitglieder des Stadtrates auf eine eventuelle frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR überprüfen zu lassen.
2. Dazu geben die Mitglieder des Stadtrates folgende Erklärung ab:

„Hiermit erkläre ich, dass ich zu keiner Zeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des MfS, AfNS oder eines anderen Geheimdienstes der DDR tätig geworden bin (ausgenommen Wehrdienst auf Zeit bei Wach- und Sicherungseinheiten des MfS).

Ich habe zu keiner Zeit inoffiziell Informationen über Personen an diese Dienste weitergegeben.

Ich bin einverstanden, dass die Oberbürgermeisterin einen Antrag auf meine Überprüfung an die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR stellt.

Ich bin damit einverstanden, dass die Oberbürgermeisterin dem Stadtrat und der Öffentlichkeit das Ergebnis der Überprüfung in allgemeiner Form mitteilt.“

3. Die Stadträte werden aufgefordert, eine Erklärung mit diesem Wortlaut bis zum 31. Januar 2010 der Oberbürgermeisterin zu übergeben. Die Oberbürgermeisterin berichtet darüber im Stadtrat. ...
4. Der Stadtrat fordert solche Mitglieder, die gemäß Stasi-Unterlagengesetz Mitarbeiter des MfS gewesen sind, zur Niederlegung ihres Mandates auf. Die Fraktionen des Stadtrates trennen sich von solchen Mitgliedern.
5. Die Oberbürgermeisterin berichtet dem Stadtrat und der Öffentlichkeit in allgemeiner Form über das Ergebnis der Überprüfung.

Beratungsfolge

Ältestenrat	31.08.2009	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung der Oberbürgermeisterin	15.09.2009	nicht öffentlich	beratend
Stadtrat	01.10.2009	öffentlich	beschließend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit		nicht öffentlich	beratend
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Mit diesem Antrag knüpfen wir an die Verfahrensweise von 1990, 1994 ,1999 und 2004 an. Wir halten in dieser Frage einen weitest gehenden Konsens aller Fraktionen für politisch sinnvoll.

Anlagenverzeichnis: